

Antrag

der **Fraktion Alternative für Deutschland (AfD)**

Thema: **Keine Staatsbürgerkunde 2.0**

Der Landtag möge beschließen:

die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. den Gemeinschaftskundeunterricht nicht schon in der 7. Klasse anzubieten,
2. den Sachunterricht in der Grundschule in „Heimatkunde“ umzubenennen.

Begründung:

Hehres Ziel politischer Bildung ist der mündige Bürger. Das Wesen der Demokratie soll vermittelt, politisches Handeln gefördert und entwickelt werden. Politische Bildung wird seit jeher als Garant für den Fortbestand des Staates angesehen. Die beste Zeit für die Entwicklung politischen Sachverstands bietet die Schulzeit. Hier verbringen Kinder den Großteil ihrer Zeit. In dieser Entwicklungsphase jungen Lebens kann das Denken noch geprägt und in bestimmte Bahnen gelenkt werden.

Was für den Staat ein offensichtlicher Vorteil ist, stellt sich für eine freie Gesellschaft mündiger Bürger als eine latente Gefahr einseitiger Einflussnahme dar.

Die Regeln des Beutelsbacher Konsens´ sollen eine Indoktrination durch politische Bildung unter der Ägide staatlicher Sphären verhindern.

Dresden, 10.04.2018



Unterzeichner: André Barth
Datum: 10.04.2018

Jörg Urban, MdL und Fraktion
i.V. André Barth, MdL

AfD-Fraktion

Die Einhaltung dieser Regeln beruht auf dem blinden Vertrauen in die Lehrer und Schulleiter. Schon aus rein praktischen Gründen kann nicht überprüft werden, ob der Konsens eingehalten wird.

Es gibt aber Anhaltspunkte, die es nahelegen, dass die Regeln zusehends in den Hintergrund rücken. Denk- und Sprechverbote haben sich nicht nur in der Öffentlichkeit fest etabliert, sondern auch in den Schulen. Ergebnisoffene Diskussionen werden nicht mehr geführt. Stattdessen wird das Ergebnis grundsätzlich an den Anfang gestellt. Schüler können sich keine eigene Meinung bilden. Für sie werden Meinungen gebildet. Die Entmündigung der Schüler schreitet voran. Dabei helfen dem Staat Werke wie der „Sachsenmonitor“ oder „W wie Werte“. Tenor der Auftraggeber: „Die Sachsen leiden unter einem Demokratiedefizit“. Konsequenz: „Mehr politische Bildung in den Schulen“. Statt ab Klasse 9, Gemeinschaftskunde schon ab Klasse 7. Staatsbürgerkunde 2.0 - Ausfluss totalitärer Staaten. Beschlossen und verkündet durch den Kultusminister. Dass die Bürger eine andere Meinung haben, als die der Staatsregierung, gefährdet den Bestand des Staates. Meinungseinfalt, statt Vielfalt. Aus der Vergangenheit Lernen, heißt die politische Bildung in der Schule so zu belassen wie sie ist. Das System der DDR hat sich bekanntermaßen nicht bewährt.

Der Begriff Sachkunde versperrt den Grundschulern den emotionalen Zugang zu dem damit eigentlich verbundenen Themenkomplex der eigenen Identität. Damit wird das Fundament des Begreifens jedes gesellschaftlichen Engagements unnötig geschwächt und zu einem rein technokratischen Inhalt.

Da selbst der gültige Lehrplan für den Sachunterricht schon die Heimat zum Kern des Unterrichts erklärt („Heimat hat zentrale Bedeutung für den Erwerb von Wissen und die Anbahnung von Weltverständnis“), entspricht die Umbenennung in Heimatkunde damit dem Wesen des Unterrichts und hilft den Schülern bei der Identifizierung mit der sächsischen Kultur. Als integratives Element macht der Titel „Heimatkunde“ ausländischen Schülern zudem Sinn und Zweck des Unterrichts deutlich, um Verstehen und Akzeptanz der neuen Heimat zu fördern.